

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn Karl-Heinz Funck
Riversplatz 1 - 9

35394 Gießen

Vorlage Nr.: 0488/1 2012

Mit Antrag
auf direkte
Ausschußberatung

Buseck, den 12. Aug. 2012

Antrag: Bürgerfreundliche „Haushaltskonsolidierung“

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

ich bitte Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung zu nehmen:

Antrag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, weitere Schritte zu prüfen und vorzubereiten, mit denen die anhaltende Belastung des Kreishaushalts gelindert werden kann, die aus den anhaltenden, monatlichen Zinszahlungen in Millionenhöhe entstehen. Dabei sollten Moratorien, Umschuldungen, aber auch die Reduzierung vertraglicher Verpflichtungen zu einer deutlichen Verringerung führen.

Der Kreisausschuss wird – die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit nutzend – dazu mit anderen Kreisen und Kommunen das Vorgehen beraten und gemeinsame Schritte abstimmen: z. B. eine gemeinsame Initiative zu starten, dass die Kommunen und Landkreise ihre Kredite direkt über die Bundesbank bzw. EZB finanzieren können.

Begründung: (bitte ausführlich wg. korrekter Zuordnung Produkt/Sachkonto, ggf. zweites Blatt benutzen)

Das Wort von der „Haushaltskonsolidierung“ verbirgt nur schlecht, worum es beim Abbau der Defizite öffentlicher Haushalte geht: Nicht ums Sparen, denn das kann man nur vom dem, was man hat, sondern um den Umfang und das Ausmaß von Kürzungen, die letztlich alle darauf hinauslaufen, die Qualität und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge zu beschneiden. Die Diskussion kreist ausschließlich um solche Vorschläge, die Zahlungen für Zinsen und Tilgung sind sakrosankt.

Dabei ist die Belastung öffentlicher Haushalte durch den Zins- und Schuldendienst enorm. Allein für Zinsen bezahlen alle öffentlichen Haushalte jährlich seit zwanzig Jahren gut 60 Milliarden Euro, das ergibt eine Gesamtsumme von 1,3 Billionen Euro in diesem Zeitraum. Die Summe der Zinszahlungen war damit höher als die Summe aller öffentlich getätigten Investitionen (900 Milliarden €). Bezieht man die 1,3 Bio.

Euro auf die öffentlichen Gesamtschulden in Höhe von gut zwei Billionen Euro, so machen die Zinsen etwa zwei Drittel aus.

An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass damit die anleihe- bzw. kreditbasierte Finanzierung öffentlicher Schulden – neben der Senkung der Lohnquote, den Steuerentlastungen für Wohlhabende, der Privatisierung u. a. – längst eine weitere Quelle der Ansammlung von Reichtum geworden ist: Der Staat zahlt (fast) immer, es gibt keine Anlagemöglichkeit, die sicherer sind. Zwar kann jeder Bürger solche Anleihen erwerben, aber tatsächlich konzentrieren sich weit mehr als 90 Prozent aller Schudttitel auf wenige Tausend Personen und institutionelle Anleger in aller Welt.

Dies könnte schnell und wirksam beendet werden, wenn die öffentlichen Haushalte – so wie international bei fast allen Zentralbanken üblich (USA, Japan, GB usw.) – ihre Kredite direkt über die Bundesbank bzw. EZB finanzieren könnten. Hohe Milliarden-summen für Zinsen blieben aus, der Spekulation auf den Finanzmärkten wären gewisse Grenzen gesetzt.

Auch der Kreis wendet in diesem Jahr monatlich eine Million Euro für Zinsen auf. Die Addition der Zinszahlungen der letzten zwanzig Jahre entspricht ebenso wie bei der öffentlichen Gesamtverschuldung etwa zwei Dritteln der gegenwärtigen Kreis-schulden.

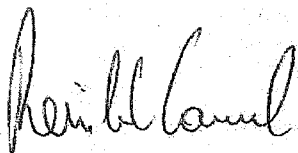
Hier besteht also ein großer Spielraum für die Entlastung des Haushalts. Gelingt es diesen zu nutzen, wäre dies ohne negative Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und das Angebot der Kreisverwaltung.

Der Kreis zahlt für Investitions- und Kassenkredite etwa 5 bzw. 2 bis 3 Prozent. Dies lag und liegt deutlich über den Sätzen, zu denen die Zentralbank bzw. EZB den Banken das Geld bereitstellt. Diese Zinssätze sollten – plus eines Aufschlags für die Bearbeitung von wenigen Zehntelprozent – der Maßstab sein.

Nach dem Gesetz haben wir die „Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.“ (§ 92 HGO) Dagegen besteht keine gesetzliche Verpflichtung, das Bankensystem zu fördern, zu sichern oder gar zu „retten“.

Natürlich kann niemand erwarten, dass Schritte in die Richtung eines bürgerfreundlichen Defizitabbaus schnell und umfassend möglich sind. Sie müssen nach und nach gefordert und durchgesetzt werden. Aber täglich finden Tausende solcher Transaktionen zwischen den Banken und ihren privaten und gewerblichen Kunden statt. Warum nicht auch zwischen Banken und den Kommunen und Kreisen?

Mit freundlichen Grüßen



Reinhard Hamel